

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

10. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Dezember 1957	Nummer 140
--------------	---	------------

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 4. 12. 1957, Amtlicher Verkehr in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inlande. S. 2757. — Bek. 9. 12. 1957, Öffentliche Sammlung „Evgl. Kirchbauverein Olsberg-Bigge e. V.“. S. 2766. — Bek. 10. 12. 1957, Öffentliche Sammlung „Die Heilsarmee Berlin“. S. 2766.
III. Kommunalaufsicht: Bek. 5. 12. 1957, Zulassung neuer Feuerlöschgeräte. S. 2765/66.

D. Finanzminister.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Arbeits- und Sozialminister.

H. Kultusminister.

J. Minister für Wiederaufbau.

ZA. Allgemeine Verwaltung: RdErl. 9. 12. 1957, Bereinigung der von den obersten Landesbehörden erlassenen Verwaltungsvorschriften; hier: Fortführungsverzeichnis 1955—1957. S. 2769.

K. Justizminister.

Hinweis.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen. Nr. 23 vom 1. 12. 1957. S. 2785/86.

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Amtlicher Verkehr in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inlande

RdErl. d. Innenministers v. 4. 12. 1957 —
I C 2 / 17—10.136

- Die Formen des amtlichen Schriftverkehrs in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inland müssen sich den internationalen Gepflogenheiten anpassen, einen möglichst reibungslosen Geschäftsablauf gewährleisten und gleichzeitig sicherstellen, daß die mit der Pflege der Beziehungen zum Ausland betrauten Stellen in sachlich gebotenum Umfang unterrichtet werden.

Im Schriftverkehr der Landesbehörden, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inland sind daher die nachstehenden Richtlinien (Anlage 1) zu beachten.

- Anfragen der in den Richtlinien genannten Art sind grundsätzlich als Sofortsachen zu behandeln. Sofern für die endgültige Beantwortung einer Anfrage längere Ermittlungen erforderlich sind, ist in den Fällen, in denen ein unmittelbarer Schriftverkehr zugelassen ist, der anfragenden Stelle ein kurzer Zwischenbescheid zu erteilen.
- Schreiben an deutsche Vertretungen im Ausland und an ausländische Dienststellen im Inland sind von den dazu berechtigten Bediensteten eigenhändig zu zeichnen.
- Die Richtlinien sind Rahmenbestimmungen und gelten nur, soweit nicht durch Gesetz, zwischenstaatliche Abkommen oder von den sachlich zuständigen obersten Landesbehörden mit Zustimmung des Innenministers Sonderregelungen getroffen sind oder werden. Die für zahlreiche Verwaltungszweige erlassenen Sonderanordnungen bleiben daher bestehen und werden von diesen Richtlinien nicht berührt. Es handelt sich hierbei insbesondere um den Schriftverkehr
 - a) der Justizbehörden (z. B. in Legalisationsangelegenheiten und Sachen betr. die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen) ein-

schließlich des Amts- und Rechtshilfeverkehrs sowie der entsprechende Schriftverkehr der Kriminalpolizei und der Finanzverwaltung in Strafsachen;

- im Wiedergutmachungsverfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz;
- auf dem Gebiete des Personenstandswesens, für den hinsichtlich des Verkehrs mit Ausländerbehörden die Bestimmungen der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörde (DA) gelten;
- auf dem Gebiete der Ausländeraufsicht, für den hinsichtlich des Verkehrs mit Ausländerbehörden die Bestimmungen der Dienstanweisung (Teil II) zur Ausländerpolizeiverordnung v. 22. August 1938 (RGBl. I S. 1053) gelten;
- auf dem Gebiete des Lastenausgleichs und der Finanzverwaltung im Besteuerungsverfahren;
- der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern im Rahmen der ihnen durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben;
- auf wissenschaftlichem Gebiet und der wissenschaftliche Schriftenaustausch;
- des Außenhandelskontors NW, der sich aus den dem Außenhandelskontor gestellten Aufgaben mit fremden Staatsangehörigen im Ausland (Nr. 4 der Richtlinien) oder ausländischen Konsularvertretungen im Inland (Nr. 7 der Richtlinien) ergibt;
- mit Ausländern und Staatenlosen in Angelegenheiten der gesetzlichen Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung;
- in eiligen Fürsorgeangelegenheiten (Rückfragen) sowie bei eiligen Aufenthaltsermittlungen in Fürsorgeangelegenheiten;
- der Verwaltungsbehörden der Kriegsofopferversorgung mit deutschen konsularischen Vertretungen im Ausland zur Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes;
- der Landesfürsorgeverbände mit deutschen konsularischen Vertretungen im Ausland im Rahmen der Bonner Vereinbarung über die Fürsorgeleistungen für hilfsbedürftige Deutsche im Ausland;
- über den Austausch von Seuchenmeldungen.

In vorstehenden Fällen und sofern zukünftig weitere Sonderregelungen zugelassen werden, gilt jedoch Nr. 2 der Richtlinien entsprechend.

5. Die Richtlinien gelten, ebenso wie die Sonderregelungen (Nr. 4), nur für den allgemeinen behördlichen Schriftverkehr. Förmliche Zustellungen sind auch dann nach den Vorschriften des § 14 des Verwaltungszustellungsgesetzes v. 3. Juli 1952 (BGBl. I S. 379) und auf dem dort und in den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Landeszustellungsgesetz Nr. 18 (MBl.NW. 1957 S. 2416) vorgesehenen

Wege zu bewirken, wenn im übrigen für das betreffende Sachgebiet ein unmittelbarer Schriftverkehr zugelassen ist.

6. Die nach diesen Richtlinien noch geltenden sowie die aufgehobenen, gegenstandslos gewordenen oder überholten RdErl. sind in der Anlage 2 aufgeführt. **Anlage**

An alle Landesbehörden,

Gemeinden und Gemeindeverbände,
sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
des öffentlichen Rechts.

Anlage 1

Richtlinien über den amtlichen Verkehr in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inland

A. Amtlicher Schriftverkehr in das Ausland

I. Amtlicher Schriftverkehr mit Deutschen und deutschen Dienststellen im Ausland

1. Schriftverkehr mit Deutschen im Auslande

Mit Deutschen im Auslande ist ein unmittelbarer Schriftverkehr zulässig. Handelt es sich jedoch um grundsätzliche Fragen allgemeiner Bedeutung oder um politische Fragen, so ist die Anfrage oder der Bescheid der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege vorzulegen.

2. Schriftverkehr mit deutschen konsularischen Vertretungen im Ausland

Im üblichen konsularischen Verkehr (vgl. Nr. 10) ist ein unmittelbarer Schriftverkehr grundsätzlich zulässig. Unzulässig ist ein unmittelbarer Schriftverkehr, wenn es sich um

- a) Fragen von allgemeiner, grundsätzlicher oder von politischer Bedeutung, oder
- b) Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Landesregierung oder das Auswärtige Amt wesentlich ist, oder
- c) ein allgemeines Ersuchen handelt, das an alle konsularischen Vertretungen oder an eine größere Anzahl von ihnen gerichtet ist.

In diesen Fällen ist das vorgesehene Schreiben mit einer eingehenden Sachdarstellung der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege vorzulegen.

3. Schriftverkehr mit deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland

Ein unmittelbarer Schriftverkehr ist nur in Konsularsachen (vgl. Nr. 10) zulässig und auch nur dann, wenn sich eine konsularische Abteilung bei der deutschen diplomatischen Vertretung befindet. In diesen Fällen gilt Nr. 2 entsprechend. In allen anderen Fällen ist die beabsichtigte Anfrage ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege vorzulegen.

II. Amtlicher Schriftverkehr mit Nichtdeutschen und ausländischen Dienststellen im Ausland

4. Schriftverkehr mit Nichtdeutschen im Ausland

Mit fremden Staatsangehörigen und Staatenlosen, die sich im Ausland aufhalten, darf ein Schriftverkehr nur über die deutsche konsularische Vertretung geführt werden.

Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Dies gilt auch für den Schriftverkehr mit nichtamtlichen internationalen Fachvereinigungen und Verbänden im Ausland.

Das Recht der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gnadenstellen bei den Landgerichten, mit Verfahrensbeteiligten, die im Auslande wohnen, unmittelbar in Verbindung zu treten, bleibt unberührt.

5. Schriftverkehr mit Zentral-, Provinzial- und Lokalbehörden ausländischer Staaten

Ein unmittelbarer Schriftverkehr ist unzulässig. Schreiben dieser Stellen sind unerledigt unter höflichem Hinweis auf den diplomatischen Weg und unter Bezugnahme auf die internationalen Gepflogenheiten zurückzugeben. In wichtigen Fällen oder wenn es sich um ein Schreiben von Behörden ausländischer Staaten, in denen keine Vertretung der Bundesrepublik Deutschland besteht, handelt, ist das Schreiben der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege vorzulegen mit der Anfrage, wie der Empfänger sich verhalten soll.

Unberührt hiervon bleibt der übliche unmittelbare Verkehr zwischen den beiderseitigen Behörden im Grenzgebiet und der Schriftverkehr zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit ausländischen Schwesterstädten.

III. Benutzung des Kurierweges beim amtlichen Schriftverkehr in das Ausland

6. In Fällen, in denen ein unmittelbarer Schriftverkehr in das Ausland zwar zulässig ist, aber die Benutzung des gewöhnlichen Postweges nicht angezeigt erscheint, ist die Anfrage oder der Bescheid unmittelbar über die Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes in Bonn, Koblenzer Straße 101, zu leiten. Dabei ist wie folgt zu verfahren:

- a) Die Schriftstücke sind in doppelten Briefumschlägen abzusenden. Anlagen zu Schreiben, insbesondere Urkunden, sind so an den Begleitschreiben zu befestigen, daß sie nicht ohne weiteres gelöst werden können; das Anklammern mittels Büroklammern ist in jedem Falle zu vermeiden. Der äußere Umschlag ist mit der Anschrift der Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes zu versehen. Auf dem Innenumschlag und auf dem Schriftstück selbst ist die empfangende oder vermittelnde deutsche Auslandsvertretung anzugeben. Auf ihre nähere Anschrift kann verzichtet werden. Es genügt z. B.: „An die Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon“ oder, wenn die Gesandtschaft zur Weiterleitung des Schreibens in Anspruch genommen wird, außer der vollen Anschrift des Empfängers „Über die Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon“.
- b) Ein Anschreiben an die Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes ist nicht erforderlich.
- c) Die Innenumschläge von Sendungen, die an eine Auslandsvertretung unmittelbar oder an einen ihrer leitenden Angehörigen gerichtet sind, sollen, die Innenumschläge aller anderen Sendungen müssen der Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes unverschlossen, in beiden Fällen unfrankiert, zugeleitet werden.

Von der Beförderung von Schriftstücken durch Kurier ist jedoch nur in wirklich unabweisbaren Fällen Gebrauch zu machen.

B. Amtlicher Schriftverkehr mit ausländischen Dienststellen im Inland

7. Schriftverkehr mit ausländischen Konsularbehörden im Inland

Im üblichen konsularischen Verkehr (vgl. Nr. 10) ist ein unmittelbarer Schriftverkehr für

- a) das Oberverwaltungsgericht und die Landesverwaltungsgerichte,
 - b) die Regierungspräsidenten,
 - c) die Oberfinanzdirektionen,
 - d) die Oberbergämter,
 - e) die Landeseichdirektionen,
 - f) das staatliche Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen,
 - g) das geologische Landesamt,
 - h) die Landschaftsverbände, Landkreise, kreisfreien Städte und Oberkreisdirektoren als untere staatliche Verwaltungsbehörden,
 - i) das Außenhandelskontor Nordrhein-Westfalen
- gestattet, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die über die Erörterung von Einzelfällen nicht hinausgehen.

Den übrigen nachgeordneten Landesbehörden, den übrigen Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist ein unmittelbarer Schriftverkehr mit den ausländischen konsularischen Vertretungen nicht gestattet. Ist ein solcher erforderlich, so ist er durch Vermittlung der nach den Buchst. a bis i berechtigten Dienststellen zu führen. Das gleiche gilt für die Beantwortung von Anfragen ausländischer konsularischer Vertretungen, die bei den zur Führung eines Schriftverkehrs nicht berechtigten Stellen unmittelbar eingehen. In diesen Fällen trifft die angefragte Stelle lediglich die erforderlichen sachlichen Feststellungen und legt das Ergebnis hierüber zusammen mit der Anfrage der ausländischen konsularischen Vertretung den nach den Buchst. a bis i zuständigen Dienststellen vor. Die Beantwortung der Anfrage erfolgt dann durch diese Dienststellen.

Haben Schreiben ausländischer Konsularbehörden grundsätzliche, allgemeine oder politische Bedeutung, so sind

sie dahin zu beantworten, daß sich die Dienststelle wegen der besonderen Bedeutung der Frage nicht befugt halte, unmittelbar zu verhandeln. Es müsse der anfragenden Stelle daher anheimgestellt bleiben, sich auf dem diplomatischen Wege mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen. Erscheint das Verweisen auf den diplomatischen Weg nach Lage des Falles nicht angebracht, sind die Anfragen der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege zur Entscheidung darüber vorzulegen, ob und in welchem Umfange eine Antwort zu erteilen ist. Im allgemeinen wird die Erteilung einer sachlichen Antwort anzustreben sein.

Konsularsachen in Schutzmachtangelegenheiten (vgl. Nr. 11) sind stets als Angelegenheiten von politischer Bedeutung anzusehen.

8. Schriftverkehr mit ausländischen diplomatischen Vertretungen im Inland

Ein unmittelbarer Schriftverkehr ist unzulässig. Schreiben dieser Stellen sind unerledigt unter höflichem Hinweis auf den diplomatischen Weg und unter Bezugnahme auf die internationalen Gepflogenheiten zurückzugeben. Eine Ausnahme hiervon macht jedoch der Schriftverkehr in Konsularsachen (vgl. Nr. 10) mit solchen ausländischen diplomatischen Vertretungen, denen Konsulargeschäfte übertragen sind. In diesen Fällen gilt Nr. 7 entsprechend.

C. Mündlicher Verkehr

9. Die Bestimmungen der Abschnitte A und B gelten sinngemäß auch für den mündlichen Verkehr.

D. Begriff der Konsularsachen

10. Zum üblichen konsularischen Verkehr in Konsularsachen gehört in der Hauptsache der allgemeine Rechts- und Amtshilfeverkehr in Angelegenheiten, deren Aufgabenbereich im Konsulargesetz v. 8. November 1867 (BGBl. S. 137) i. d. F. des Gesetzes v. 16. Dezember 1950 (BGBl. S. 784) erwähnt ist. Darüber hinaus bestehen aber noch weitere Konsularaufgaben, die sich aus einzelnen Staatsverträgen oder aus deutschen Sondergesetzen ergeben. Ist es im Einzelfalle zweifelhaft, ob es sich um eine Konsularsache handelt, so ist darüber die Entscheidung der sachlich zuständigen obersten Landesbehörde auf dem Dienstwege einzuholen.

E. Begriff der Schutzmachtangelegenheiten

11. Als Schutzmachtangelegenheiten sind alle Sachen anzusehen, in denen fremde diplomatische oder konsularische Vertretungen die Belange der Bundesrepublik Deutschland im Auslande wahrnehmen.

Anlage 2

Amtlicher Verkehr mit dem Ausland

A. Geltende Erlasse

- Nr. 1 RdErl. d. Innenministers v. 18. 7. 1953 (n. v.) I 13.85 Nr. 226/51
betr. Auskunftersuchen ausländischer Behörden und Konsulate
- Nr. 2 RdErl. d. Innenministers v. 31. 7. 1953 (n. v.) I 13.85 Nr. 715/53
betr. Auskunfts- und Urkundenersuchen der polnischen Militärmission in Berlin
- Nr. 3 RdErl. d. Innenministers v. 17. 2. 1953 (n. v.) I 10.40 Nr. 325/53
betr. Einladungen an Mitglieder und Vertreter auswärtiger Regierungen sowie Vertreter zwischenstaatlicher Einrichtungen zum Besuch der Bundesrepublik
- Nr. 4 RdErl. d. Innenministers v. 27. 2. 1954 (n. v.) I 10.40 Nr. 325/53
betr. Beziehungen zum Ausland
- Nr. 5 RdErl. d. Innenministers v. 21. 12. 1954 (n. v.) 5/717/1
betr. Wiedergutmachung; hier: Schriftverkehr der Entschädigungsbehörden mit den Auslandsvertretungen

- Nr. 6 RdErl. d. Innenministers v. 15. 6. 1955 (n. v.) I C 3:13—43.81
betr. Auskunftersuchen ausländischer Konsulate; hier: Namhaftmachung von Ausländern im Bundesgebiet
- Nr. 7 RdErl. d. Innenministers v. 13. 7. 1955 (MBli. NW. S. 1402)
betr. Schriftverkehr mit ausländischen Vertretungen im Inland;
hier: Akten der Gerichte der AHK (Britische Zone)
- Nr. 8 Bek. d. Innenministers v. 25. 11. 1955 (MBli. NW. S. 2137)
betr. Schriftverkehr mit ausländischen Vertretungen im Inland;
hier: Akten der Gerichte der AHK (Britische Zone)
- Nr. 9 RdErl. d. Innenministers v. 23. 3. 1956 (MBli. NW. S. 754)
betr. Bereinigung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts (zu § 16 Ziff. 3)
- Nr. 10 RdErl. d. Innenministers v. 4. 4. 1956 (n. v.) I C 2/17—10.136
betr. 1. Konsularische Befugnisse der Sowjetbotschaft in Bonn
2. Tätigkeit der Botschaft innerhalb des Landes NW
- Nr. 11 Ziff. 2 des RdErl. d. Innenministers v. 26. 9. 1956 (MBli. NW. S. 1969)
betr. Durchführung der Erfassung von Wehrpflichtigen
- Nr. 12 RdErl. d. Innenministers v. 1. 10. 1956 (MBli. NW. S. 2005)
betr. Bereinigung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet des Paßwesens (zu Nr. 46 AVV)
- Nr. 13 RdErl. d. Innenministers v. 15. 3. 1957 (n. v.) I C 3:13—38.90
betr. Erteilung von Einreisesichtvermerken in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, Polen, der CSR, Rumänien, Bulgarien und Ungarn für Verwandtenbesuche im Bundesgebiet
- Nr. 14 RdErl. d. Innenministers v. 2. 4. 1957 (MBli. NW. S. 913)
betr. Bereinigung der Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete des Ausländerwesens (zu § 2 Nr. 4)

B. Überholte, gegenstandslos gewordene oder aufgehobene Erlasse

- Nr. 1 Vfg. d. Pr.MdI. v. 6. 4. 1921 (MBliV. S. 88)
betr. Verkehr der Provinzial- und Lokalbehörden mit ausländischen Amtsstellen
- Nr. 2 Vfg. d. Pr.MdI. v. 17. 3. 1922 (MBliV. S. 320)
betr. Schriftverkehr der inländischen Behörden mit ausländischen Konsulaten
- Nr. 3 RdErl. d. Pr.MdI. v. 24. 9. 1927 (MBliV. S. 953)
betr. Schriftverkehr mit Behörden des Saargebiets
- Nr. 4 RdErl. d. Pr.MdI. v. 22. 7. 1928 (MBliV. S. 839)
betr. Schriftverkehr mit Behörden des Saargebiets
- Nr. 5 RdErl. d. Pr.MdI. v. 15. 1. 1930 (MBliV. S. 47)
betr. Schriftverkehr mit Behörden des Saargebiets
- Nr. 6 RdErl. d. Pr.MdI. v. 29. 3. 1931 (MBliV. S. 339)
betr. Schriftverkehr mit Behörden des Saargebiets
- Nr. 7 RdErl. d. RuPr.MdI. v. 6. 3. 1935 (MBliV. S. 317)
betr. Schriftverkehr mit Behörden des Saarlandes
- Nr. 8 RdErl. d. RuPr.MdI. v. 3. 12. 1935 (MBliV. S. 1444)
betr. Briefsendungen nach dem Ausland
- Nr. 9 RdErl. d. RuPr.MdI. v. 25. 1. 1938 (MBliV. S. 183)
betr. Amtlicher Verkehr mit dem Ausland
- Nr. 10 RdErl. d. RMDI. v. 25. 1. 1939 (MBliV. S. 153)
betr. Amtlicher Verkehr mit dem Ausland
- Nr. 11 RdErl. d. Innenministers v. 27. 5. 1949 (n. v.) Abt. I 18—0 Nr. 725/49
betr. Austausch von Sterbefallmitteilungen

- Nr. 12 RdErl. d. Innenministers v. 5. 6. 1950 (MBI. NW. S. 569)
betr. Schriftverkehr deutscher Behörden der Britischen Zone mit französischen und saarländischen Behörden
- Nr. 13 RdErl. d. Innenministers v. 11. 9. 1950 (n. v.) IV A 2 II a 33.40 526 II
betr. Auskunftersuchen ausländischer Behörden und Konsulate
- Nr. 14 RdErl. d. Innenministers v. 1. 12. 1950 (MBI. NW. S. 1129)
betr. Schriftverkehr mit Frankreich
- Nr. 15 RdErl. d. Innenministers v. 12. 1. 1951 (MBI. NW. S. 69)
betr. Schriftverkehr mit Frankreich
- Nr. 16 RdErl. d. Innenministers v. 31. 1. 1951 (n. v.) IV A 2. II a 33.40—936
betr. Auskunftersuchen ausländischer Behörden und Konsulate
- Nr. 17 RdErl. d. Innenministers v. 26. 4. 1951 (MBI. NW. S. 537)
betr. Mitteilung der Sterbefälle von Ausländern an die konsularischen Vertretungen in Deutschland
- Nr. 18 RdErl. d. Innenministers v. 28. 5. 1951 (MBI. NW. S. 638)
betr. Schriftverkehr mit ausländischen Dienststellen
- Nr. 19 RdErl. d. Innenministers v. 12. 6. 1951 (n. v.) I 13.10 Nr. 851/51
betr. Schriftverkehr in Staatsangehörigkeitssachen
- Nr. 20 RdErl. d. Innenministers v. 20. 2. 1952 (n. v.) I 13.10—851/51/159/52
betr. Schriftverkehr in Staatsangehörigkeitssachen
- Nr. 21 RdErl. d. Innenministers v. 29. 10. 1952 (n. v.) I 13.10 Nr. 159/52
betr. Schriftwechsel in Staatsangehörigkeitssachen
- Nr. 22 RdErl. d. Innenministers v. 4. 12. 1952 (n. v.) I 13.10 Nr. 159/52
betr. Schriftverkehr in Staatsangehörigkeitssachen
- Nr. 23 RdErl. d. Innenministers v. 19. 12. 1952 (n. v.) I 13.18—159/52
betr. Zustellung von Staatsangehörigkeitsurkunden an im Ausland lebende Antragsteller
- Nr. 24 RdErl. d. Innenministers v. 5. 2. 1953 (n. v.) I 13.10 Nr. 159/52
betr. Schriftwechsel in Staatsangehörigkeitssachen

- Nr. 25 RdErl. d. Innenministers v. 29. 10. 1953 (MBI. NW. S. 1999)
betr. Schriftverkehr mit ausländischen Behörden in Staatsangehörigkeitssachen
- Nr. 26 RdErl. d. Innenministers v. 11. 1. 1954 (n. v.) I 13.85 Nr. 516/53
betr. Rechts- und Amtshilfeverkehr mit der Tschechoslowakei
- Nr. 27 RdErl. d. Innenministers v. 31. 1. 1956 (n. v.) I E 2/20.99.00
betr. Weiterleitung von Briefen in das Ausland.
— MBI. NW. 1957 S. 2757.

Öffentliche Sammlung

„Evgl. Kirchbauverein Olsberg-Bigge e. V.“

Bek. d. Innenministers v. 9. 12. 1957 —
I C 4/24—13.40

Dem Evgl. Kirchbauverein Olsberg-Bigge e. V., Bigge i. W., Talweg 254, habe ich die Genehmigung erteilt, die mit meinem Bescheid vom 2. 7. 1957 genehmigte öffentliche Geldsammlung bis zum 30. 6. 1958 im Land Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Bezug: Bek. v. 2. 7. 1957 (MBI. NW. S. 1557).

— MBI. NW. 1957 S. 2766.

Öffentliche Sammlung

„Die Heilsarmee Berlin“

Bek. d. Innenministers v. 10. 12. 1957 —
I C 4/24—12.13

Der „Heilsarmee Berlin“ in Berlin-Steglitz, Fregestraße 53, habe ich auf Grund des Sammelgesetzes vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 14. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1250) i. d. F. vom 26. Oktober 1954 (GV. NW. S. 331) die Genehmigung erteilt, in der Zeit vom 1. 1. 1958 bis 31. 12. 1958 eine öffentliche Geldsammlung im Lande Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Als Sammlungsmaßnahmen sind zulässig

- Entgegennahme von Geldspenden während der öffentlichen Missionstätigkeit auf Straßen, Plätzen oder Höfen,
- Vertrieb der Missionsblätter „Der Kriegsruf“ und „Der junge Soldat“ auf Straßen, Plätzen, Höfen oder von Haus zu Haus.

— MBI. NW. 1957 S. 2766.

III. Kommunalaufsicht

Zulassung neuer Feuerlöschgeräte

Bek. d. Innenministers v. 5. 12. 1957 — III A 3/246—7913/57

Auf Grund der ordnungsbehördlichen Verordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte v. 1. August 1956 (GV. NW. S. 201) habe ich nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Warendorf (Westf.) folgende Feuerlöschgeräte für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des Saarlandes neu zugelassen:

Hersteller:	Feuerlöschgeräte:	Zulassungs-Kenn-Nr.:	Zugelassen für:
Mit Wirkung vom 26. 9. 1957			
Fa. Hansa Feuerlöschanlagen und Apparatbau Arthur Schwepke, Hamburg 24, Rossausweg 50	„Hansa“ Kohlensäure-Schneelöcher, Type K 6, Bauart CO ₂ —6	P 2 — 18/57	Brandklasse B, E
Fa. Sicli-Löschgeräte GmbH., Solingen-Ohligs, Wilhelmstraße 29	„Sicli“ DIN Trocken 12, Type Siclop, Bauart P 12	P 1 — 38/57	Brandklasse B, C, E

Hersteller:	Feuerlöschgeräte:	Zulassungs-Kenn-Nr.:	Zugelassen für:
Mit Wirkung vom 11. 10. 1957			
Fa. J. Schmitz & Co., Frankfurt/Main-Höchst, Schließfach 64	DIN-KüBELspritze, Type A und B, Bauart A 10 DIN 14 405 und B 10 DIN 14 405	P 3 — 1/57	Brandklasse A
Mit Wirkung vom 28. 10. 1957			
Fa. Concordia Elektrizitäts-AG., Dortmund (Westf.), Münsterstraße 231	„CEAG“ DIN-Trocken 12, Type KT 12, Bauart P 12	P 1 — 39/57	Brandklasse B, C, E
Mit Wirkung vom 7. 11. 1957			
Fa. Wintrich & Co., Bensheim a. d. B.	„Wintrich“ DIN-Trocken 12, Type P 12 G, Bauart P 12 G	P 1 — 45/57	Brandklasse A, B, C
	„Wintrich“ DIN-Trocken 6, Type P 6 G, Bauart P 6 G	P 1 — 46/57	Brandklasse A, B, C
	„Wintrich“ DIN Bromid 2, Type B 2, Bauart B 2 L	P 1 — 47/57	Brandklasse B, E
	„Wintrich“ DIN Bromid 0,8, Type B 0,8, Bauart B 0,8 L	P 1 — 48/57	Brandklasse B, E
	„Wintrich“ DIN-Trocken 6, Type P 6 P, Bauart P 6	P 1 — 49/57	Brandklasse B, C, E
	„Wintrich“-Kraftfahrzeug-Sonderlöscher, Type P 6 K G, Bauart P 6 G-LKW	P 2 — 20/57	Brandklasse A, B, C
	„Wintrich“-Kohlensäuregaslöscher, Type C 1,5 PG, Bauart CO ₂ —1,5	P 2 — 21/57	Brandklasse B, C, E
NU-SWIFT LTD, Elland, Yorkshire, England Vertrieb: Gebr. Windhorst, Bremen-Grohn, Grohner Markt 4	„NU-SWIFT“ DIN Trocken 12, Type G 1626, Bauart P 12	P 1 — 24/57	Brandklasse B, C, E
	„NU-SWIFT“ DIN Naß 10, frostbeständig bis —15° C, Type G 1325, Bauart N 10 Hf—15	P 1 — 50/57	Brandklasse A
	„NU-SWIFT“ DIN Naß 10, frostbeständig bis —30° C, Type G 1325, Bauart N 10 Hf—30	P 1 — 51/57	Brandklasse A
AKO GmbH., Abt. Feuerlöschtechnik, Opladen bei Köln	„AKO“ DIN Bromid 2, Type B 2 Ls, Bauart B 2 L	P 1 — 3/57	Brandklasse B, E
Mit Wirkung vom 19. 11. 1957			
Fa. Matthias Pfeil, Düsseldorf-Wersten, Liebfrauenstraße 17	„Pyrex“ DIN Bromid 0,8, Type CB 0,8, Bauart B 0,8 L	P 1 — 33/57	Brandklasse B, E
	„Pyrex“ Vergaserbrandlöscher Tetra 0,8, Bauart T 0,8 L	P 2 — 7/57	Brandklasse Vergaserbrände
Mit Wirkung vom 29. 11. 1957			
Fa. Josef Egetemeyer, Nürnberg-Steinbühl, Ottstraße 6	„Löschfix“ DIN Bromid 2, Type CB 2 L, Bauart B 2 L	P 1 — 40/57	Brandklasse B, E
Mit Wirkung vom 30. 11. 1957			
Fa. TOTAL KG., Foerstner & Co., Ladenburg (Neckar)	„TOTAL“ Pulver-Feuerlöschgerät auf Einachsfahrgestell, Type P 250/FP 250, Bauart P 250	P 3 — 4/57	Brandklasse B, C, E
	„TOTAL“ Pulver-Feuerlöschgerät auf Einachsfahrgestell, Type P 100, Bauart P 100	P 3 — 5/57	Brandklasse B, C, E
	„TOTAL“ Kohlensäure-Schnee- bzw. Nebelgerät auf Einachsfahrgestell mit Stahlrädern, Type Rapid, Bauart CO ₂ —10	P 3 — 10/57	Brandklasse B, E
	„TOTAL“ Kohlensäure-Schneeegerät auf Einachsfahrgestell, Stahlräder mit Gummibelag, Type 550, Bauart 1 CO ₂ —30	P 3 — 12/57	Brandklasse B, E
	„TOTAL“ Kohlensäure-Schneeegerät auf Einachsfahrgestell, Stahlräder mit Gummibelag, Type 551, Bauart 2 CO ₂ —60	P 3 — 13/57	Brandklasse B, E
	„TOTAL“ Kohlensäure-Schneeegerät auf Einachsfahrgestell, Hochdruckreifen, Type 543, Bauart 4 CO ₂ —120	P 3 — 14/57	Brandklasse B, E

Diese Zulassungen haben nach Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung und Zulassung oder Anerkennung von Feuerschutzgeräten (MBI. NW. 1956 S. 2205) für das ganze Bundesgebiet mit Ausnahme des Saarlandes Gültigkeit.

Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

An die Gemeinden und Gemeindeverbände,
Gemeindeaufsichtsbehörden,
Gewerbeaufsichtsämter.

— MBI. NW. 1957 S. 2765/66.

J. Minister für Wiederaufbau

ZA. Allgemeine Verwaltung

Bereinigung der von den obersten Landesbehörden erlassenen Verwaltungsvorschriften;

hier: Fortführungsverzeichnis 1955—1957

RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 9. 12. 1957 — Z A 2 — 0.303 (4)

Mit meinen RdErl. v. 30. 7. 1955 (MBI. NW. S. 1741) u. v. 18. 4. 1956 (MBI. NW. S. 1269) sind mit Stichtag 1. 4. 1955 die nachstehend aufgeführten Sachgebiete bereinigt worden:

- I. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien
- II. Instandsetzung bewohnter Wohngebäude
- III. Wohnraumbewirtschaftung
- IV. Bauaufsicht
- V. Wohnungsbau (techn. Fragen) und Bauwirtschaft
- VI. Staatshochbau
- VII. Städtebau
- VIII. Landwirtschaftliches Bauwesen
- IX. Sonstige Sachgebiete

Durch diesen RdErl. wird nunmehr für die vorstehend aufgeführten Sachgebiete ein erstes Fortführungsverzeichnis veröffentlicht. Es umfaßt Veränderungen, die zwischen dem Stichtag (1. 4. 1955) und dem 31. 10. 1957 eingetreten sind.

Zum Verständnis dieses Fortführungsverzeichnisses weise ich auf folgendes hin:

1. Die Nummernfolge im Fortführungsverzeichnis stimmt mit der Nummernfolge in Abschnitt A des jeweiligen Bereinigungserlasses überein.
2. Die im Fortführungsverzeichnis zusammengefaßten Änderungen und Ergänzungen der Bereinigungserlasse sind innerhalb der einzelnen Sachgebiete wie folgt gekennzeichnet:
 - a) weiterhin gültig sind:
(Es folgen die Nummern der in Abschnitt A der beiden Bereinigungserlasse aufgeführten Erlasse, die weiterhin gültig sind)
 - b) aufgehoben, gegenstandslos oder überholt sind:
(Es folgen die Erlasse, die seit dem Stichtage aufgehoben, gegenstandslos oder überholt und daher im Bereinigungserlaß zu streichen sind)
 - c) neu hinzugetreten sind:
(Es folgen die seit dem Stichtage neu ergangenen Erlasse unter fortlaufender Numerierung)
3. Zum Abschluß der einzelnen Sachgebiete dieses Fortführungsverzeichnisses sind noch inzwischen festgestellte redaktionelle Berichtigungen und Ergänzungen zu den beiden o. a. Bereinigungserlassen aufgeführt, die ich zu berücksichtigen bitte.

An die Regierungspräsidenten,
den Minister für Wiederaufbau — Außenstelle
Essen —,
die Landkreise und kreisfreien Städte, Gemeinden
und Ämter.

I. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien

- a) weiterhin gültig sind:
Nr. 1—12
- c) neu hinzugetreten sind:
Nr. 13 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 11. 1955 — (MBI. NW. S. 2113)
betr. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien
Nr. 14 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 7. 2. 1956 — (MBI. NW. S. 392)
betr. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien
Nr. 15 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 3. 1957 — (MBI. NW. S. 686)
betr. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien
Nr. 16 Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 7. 1957 — III B 5/4.080 — Tgb.Nr. 1068/57 (n. v.)
betr. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien

Nr. 17 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 7. 1957 — (MBI. NW. S. 1679)

betr. Mietbeihilfen für kinderreiche Familien

II. Instandsetzung bewohnter Wohngebäude

- a) weiterhin gültig sind:
Nr. 1—11
- c) neu hinzugetreten ist:
Nr. 12 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 6. 1957 — (MBI. NW. S. 1535)
betr. Bestimmungen über den Einsatz von Zuschüssen aus Bundeshaushaltsmitteln zur Verbilligung von Instandsetzungskrediten für Wohngebäude

III. Wohnraumbewirtschaftung

- a) weiterhin gültig sind:
Nr. 1—28
- c) neu hinzugetreten sind:
Nr. 29 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 8. 1956 — III A 1/6.0 — Tgb.Nr. 1511/56 (n. v.)
betr. Anwendung des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes; hier: § 15 (6) WBewG
Nr. 30 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 24. 5. 1957 — III A 2/6.00 Tgb.Nr. 926/56 (n. v.)
betr. Entschädigungsansprüche gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen der Erfassung von konzessionierten Räumen des Beherbergungsgewerbes auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 vom 8. März 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats vom 13. 3. 1946 S. 117)

Unter Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 30. 7. 1955 — MBI. NW. S. 1741 — ist in das Sachgebiet

III. Wohnraumbewirtschaftung

nach folgender Erlaß einzufügen:

- Nr. 12a RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 3. 1951 — IV C (WB) Tgb.Nr. 711/51 (n. v.)
betr. Eintragung illegaler Grenzgänger in die Liste der Wohnungsuchenden

Unter Abschnitt B des Bereinigungserlasses v. 30. 7. 1955 müssen in das Sachgebiet

III. Wohnraumbewirtschaftung

noch folgende Erlasse eingefügt werden:

- Nr. 5a RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 3. 1948 — (MBI. NW. S. 97)
betr. Befristung der Zuzugsgenehmigungen
Nr. 5b RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 7. 1948 — (MBI. NW. S. 718)
betr. Unterbringung der Notspeisungsorganisation des Schwedischen Roten Kreuzes
Nr. 8a RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 1. 1949 — (MBI. NW. S. 125)
betr. Bewirtschaftung gewerblicher Räume
Nr. 8b RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 7. 7. 1949 — (MBI. NW. S. 716)
betr. Unterbringung von GCLO-Angehörigen nach ihrer Entlassung aus den GCLO-Einheiten — Unterbringung von ehemaligen Kriegsgefangenen, die aus den Lazaretten entlassen werden
Nr. 9a RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 8. 1949 — (MBI. NW. S. 791)
betr. Unterbringung von schwerbeschädigten Arbeitskräften und ihrer Familien
Nr. 9b RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 2. 1950 — (MBI. NW. S. 131)
betr. Wahl von Vorsitzenden, Beisitzern und deren Vertretern für Beschwerdestellen in Wohnungssachen

IV. Bauaufsicht

- a) weiterhin gültig sind:
Nr. 1—3, 5, 7—17, 19—24, 26—29, 31—39, 41, 43—75, 78—80, 82—97, 99—103, 105, 106, 108—111, 113—121, 123—126, 128—157

b) aufgehoben, gegenstandslos oder überholt sind:

- Nr. 4 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 7. 1948 — (MBI. NW. S. 330)
betr. Schornsteine aus Betonkaminsteinen
- Nr. 6 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 8. 1948 — (MBI. NW. S. 406)
betr. Verwendung von Karbidkalk als Bindemittel für Bauzwecke
- Nr. 18 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 10. 1949 — (MBI. NW. S. 977)
betr. Schornsteine aus Betonkaminsteinen; hier: Doppelwandige Formstücke aus Ziegelschotterbeton für den Schornsteinbau. Zulassung v. 2. 8. 1943 — IV A 8 Nr. 9509 — 4/43 (RABl. 1943 Nr. 25 S. I 432)
- Nr. 25 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 4. 1950 — (MBI. NW. S. 331)
betr. Innenaborte und -bäder
- Nr. 30 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 7. 1950 — (MBI. NW. S. 804)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 40 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 1. 1951 — (MBI. NW. S. 28)
betr. Baukalk — DIN 1060
- Nr. 42 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 2. 1951 — (MBI. NW. S. 103)
betr. Schornsteine aus Betonkaminsteinen; hier: Doppelwandige Formstücke aus Ziegelschotterbeton für den Schornsteinbau. Zul. v. 2. 8. 1943 — IV A 8 Nr. 9509 — 4/43 — (RABl. 1943 Nr. 25 S. I 432)
- Nr. 76 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 1. 1952 — (MBI. NW. S. 165/166)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche (baupolizeiliche) Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 77 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 2. 1952 — (MBI. NW. S. 165)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche (baupolizeiliche) Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Anerkannte Prüfstellen für das Zulassungsverfahren
- Nr. 81 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 5. 1952 — (MBI. NW. S. 551)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 98 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 11. 1952 — (MBI. NW. S. 1667/1668)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 104 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 2. 1953 — II A 2.332 Nr. 106/53 (n. v.)
betr. Verwendung von Wandbausteinen aus dampfgehärtetem Porenbeton für Außenwände von Räumen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind
- Nr. 107 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 3. 1953 — (MBI. NW. S. 467/468)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 106 — Kalksandsteine —
- Nr. 112 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 3. 6. 1953 — (MBI. NW. S. 939)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 4225 und DIN 4233
- Nr. 122 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 9. 1953 — (MBI. NW. S. 1621)
betr. Innenaborte und -bäder; hier: Einbau von Gasraumheizern

- Nr. 127 RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 9. 10. 1953 — (MBI. NW. S. 1850)
betr. Statische Prüfung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben; hier: Prüfingenieure für Baustatik
- RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 7. 7. 1955 — II A 2 — 2.150 Nr. 900/55 (n. v.)
betr. Erhebung von Bauaufsichtsgebühren durch die Landkreise
- Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 4. 8. 1955 — I C 3/19 — 45.11; II A 2 — 2.086 Nr. 905/55 (n. v.)
betr. Genehmigung, Abnahme und Überwachung von privaten Schießstandanlagen
- RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 8. 1955 — II A 4 — 2.793 Nr. 1762/55 (n. v.)
betr. Wärmeschutz-Maßnahmen im Hochbau; hier: Werkseitig vorgepreßte Matten aus steinigen und pflanzlichen Fasern
- RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 8. 1955 — II A 2 — 2.072 Nr. 1525/55 (n. v.)
betr. Innenliegende Bäder; hier: Kohlebadeöfen
- RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 2. 1956 — (MBI. NW. S. 440)
betr. Stahlstützen mit geschlossenem Querschnitt mit Betonfüllung
- RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 7. 1956 — (MBI. NW. S. 1780)
betr. Wohnungsstatistik 1956/1957; hier: Erfassung der abbruchreifen (einsturzgefährdeten) Gebäude

c) neu hinzugetreten sind:

- Nr. 158 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 4. 1955 — (MBI. NW. S. 688)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 4030 — Beton in betonschädlichen Wässern und Böden, Richtlinien für die Ausführung
- Nr. 159 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 4. 1955 — (MBI. NW. S. 761/762)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 160 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 4. 1955 — (MBI. NW. S. 732)
betr. Nutzung vorhandener Luftschutzbunker
- Nr. 161 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 26. 4. 1955 — (MBI. NW. S. 771/72)
betr. Fünfte Ergänzung des Verzeichnisses der Prüfstellen für Betonversuche im Lande Nordrhein-Westfalen
- Nr. 162 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 5. 1955 — II A 3 — 2.054 Nr. 321/55 (n. v.)
betr. Sicherheitszone um Herstellungsstätten für Sprengstoffe
- Nr. 163 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 5. 1955 — (MBI. NW. S. 922)
betr. Gefährdung der Schifffahrt durch störende Lichter
- Nr. 164 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 5. 1955 — (MBI. NW. S. 889)
betr. Zulassung von Betonzusatzmitteln (Wirkstoffe)
- Nr. 165 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 9. 7. 1955 — II A 4 — 2.352 Nr. 1845/55 (n. v.)
betr. Geschweißte Bewehrungsmatten; hier: Querbewehrung
- Nr. 166 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 7. 1955 — (MBI. NW. S. 1417)
betr. DIN 4240 Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge

- Nr. 167 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 7. 1955 — (MBI. NW. S. 1465)
betr. Beseitigung von Notunterkünften
- Nr. 168 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 7. 1955 — II A 2 — 2.060 Nr. 1176/55 (n.v.)
betr. Reichsgaragenordnung
- Nr. 169 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 7. 1955 — (MBI. NW. S. 1477)
betr. DIN 4235 — Innenrüttler zum Verdichten von Beton, DIN 4236 — Rütteltische zum Verdichten von Beton
- Nr. 170 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1661)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 4225 — Fertigbauteile aus Stahlbeton, Richtlinien für Herstellung und Anwendung — und DIN 4233 — Balken- und Rippendecken aus Stahlbeton-Fertigbalken mit Füllkörpern, F-Decke —
- Nr. 171 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1711/12)
betr. DIN 18 162 — Wandbauplatten aus Leichtbeton (unbewehrt) — DIN 18 163 — Wandbauplatten aus Gips —, DIN 18 500 — Betonwerkstein, Güte, Prüfung und Überwachung
- Nr. 172 Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 8. 1955 — II A 2 — 2.011 Nr. 1627/55 (n. v.)
betr. Errichtung von Werbebeiräten
- Nr. 173 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1637/38)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 4210 — Sulfathüttenzement
- Nr. 174 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1649)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 4024 — Stützkonstruktionen für rotierende Maschinen
- Nr. 175 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1761)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: Änderung des Normblattes DIN 1164 — Portlandzement, Eisenportlandzement, Hochofenzement
- Nr. 176 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1762)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 1999 Blatt 1 und 2 Benzinabscheider
- Nr. 177 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 8. 1955 — II A 2 — 7.011 Nr. 1310/55 (n. v.)
betr. Ölfeuerungen in Heizanlagen
- Nr. 178 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1736)
betr. Richtlinien für den Bau und die Einrichtung von Heizräumen für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen; hier: Anschluß von Stockwerksheizungen an den Schornstein
- Nr. 179 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 8. 1955 — (MBI. NW. S. 1789/90)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 180 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 10. 1955 — II A 2 — 2.420 Nr. 1838/55 (n. v.)
betr. Einbau von liegenden Dachfenstern in Dachräumen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind
- Nr. 181 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 10. 1955 — II A 1 — 2.010 Nr. 2348/55 (n. v.)
betr. Baugenehmigungsverfahren; hier: Bauaufsichtliche Behandlung landwirtschaftlicher Siedlungsvorhaben
- Nr. 182 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 9. 11. 1955 — (MBI. NW. S. 2111)
betr. Verhinderung von Schwarzbauten
- Nr. 183 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 12. 1955 — (MBI. NW. S. 2189)
betr. Verwendung von Ziegelsplitt als Betonzuschlagstoff
- Nr. 184 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 12. 1955 — (MBI. NW. 1956 S. 50)
betr. DIN 4030 — Beton in betonschädlichen Wässern und Böden; hier: Untersuchungsstellen
- Nr. 185 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 1. 1956 — (MBI. NW. S. 136)
betr. DIN 18 152 — Vollsteine aus Leichtbeton; hier: Anordnung von Griffschlitzen
- Nr. 186 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 2. 1956 — (MBI. NW. S. 341)
betr. DIN 1168 — Baugips — und DIN 18 550 — Putz —
- Nr. 187 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 2. 1956 — (MBI. NW. S. 505, berichtigt MBI. NW. S. 577/78)
betr. Reichsgaragenordnung — RGaO v. 17. Februar 1939 (RGBl. I S. 219)
- Nr. 188 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 24. 2. 1956 — (MBI. NW. S. 445)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 1060 — Baukalk
- Nr. 189 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 3. 1956 — (MBI. NW. S. 620)
betr. DIN 4227 — Spannbeton, Richtlinien für Bemessung und Ausführung
- Nr. 190 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 4. 1956 — (MBI. NW. S. 1065, berichtigt MBI. NW. S. 1323/24)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 106 — Kalksandsteine — und ETB-Ergänzung 2
- Nr. 191 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 4. 1956 — (MBI. NW. S. 1097)
betr. Inanspruchnahme der Polizei durch die Bauaufsichtsbehörden
- Nr. 192 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 4. 1956 — (MBI. NW. S. 1060)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Anerkannte Prüfanstalten für Zulassungsprüfungen
- Nr. 193 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 5. 1956 — (MBI. NW. S. 1104)
betr. DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau
- Nr. 194 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 5. 1956 — (MBI. NW. S. 1147/48)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 195 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 5. 1956 — (MBI. NW. S. 1221)
betr. Innenliegende Aborte und Baderäume
- Nr. 196 Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 6. 1956 — II A 2 — 2.060 Nr. 1033/56 (n. v.)
betr. Auslegung der Reichsgaragenordnung (RGaO)
- Nr. 197 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 6. 1956 — (MBI. NW. S. 1764)
betr. Bauaufsichtsgebühren

- Nr. 198 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 6. 1956 — (MBL. NW. S. 1538)
betr. Ausführungsvorschriften zur Polizeiverordnung zum Schutz von Gebäuden gegen Hausbockkäfer v. 11. Oktober 1951 (GV. NW. S. 132)
- Nr. 199 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 3. 7. 1956 — II A 4 — 2.702 Nr. 1334/56 (n. v.)
betr. Anpralllast bei Stützen für Tankstellenüberdachungen und bei Garagenpfeilern
- Nr. 200 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 7. 1956 — (MBL. NW. S. 1743)
betr. Aufstellung von Mülltonnen auf bebauten Grundstücken
- Nr. 201 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 12. 7. 1956 — (MBL. NW. S. 1653)
betr. Verzeichnis der Firmen, die ihre Eignung zur Ausführung von Stahlbauwerken nach DIN 4100, DIN 4101, DIN 4115 und DV 848 nachgewiesen haben
- Nr. 202 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 7. 1956 — (MBL. NW. S. 1678)
betr. Heizapparate für Garagen
- Nr. 203 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 4. 8. 1956 — (MBL. NW. S. 1837)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 18 150 — Hausschornsteine — Formstücke aus Leichtbeton mit Querschnitten bis 700 cm²
- Nr. 204 Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 8. 1956 — II A 2 — 2.150 Nr. 505/56 (n. v.)
betr. Erhebung von Bauaufsichtsgebühren durch die Landkreise
- Nr. 205 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 11. 1956 — II A 2 — 2.120 Nr. 1694/56 (n. v.)
betr. Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens; hier: Allgemeine Erteilung der Zustimmung zu Befreiungsbeschlüssen durch die höhere Bauaufsichtsbehörde gem. § 3 Abs. 2 des Gesetzes über baupolizeiliche Zuständigkeiten v. 15. Dezember 1933 (Gesetzssamml. S. 491)
- Nr. 206 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 12. 1956 — (MBL. NW. S. 2564)
betr. Mörtel für Mauerwerk
- Nr. 207 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 1. 1957 — (MBL. NW. S. 417)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 1075 — Massive Brücken
- Nr. 208 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 1. 1957 — (MBL. NW. S. 443)
betr. Einführung von Normblättern als einheitliche technische Baubestimmungen (ETB); hier: DIN 1078 Bl. 1 und Bl. 2 — Verbundträger-Straßenbrücken
- Nr. 209 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 1. 1957 — (MBL. NW. S. 241/42)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 210 Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 1. 1957 — III A 1619 II/56 — II A 2 — 2.011 Tgb.Nr. 140/57 (n. v.)
betr. Kreissatzungen gegen verunstaltende Außenwerbung
- Nr. 211 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 2. 1957 — II A 2 — 2.010 Nr. 489/57 (n. v.)
betr. Nachprüfung der Verzeichnisse der vom Anbau freizuhaltenden Verkehrsstraßen
- Nr. 212 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 9. 3. 1957 — II A 4 — 2.332 Nr. 1974/56 (n. v.)
betr. Verwendung von Wandbausteinen aus dampfgehärtetem Porenbeton für Außenwände von Räumen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind; hier: Mindestwanddicken
- Nr. 213 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 4. 4. 1957 — II A 4 — 2.750 Nr. 595/57 (n. v.)
betr. Abnahmen und laufende Überwachung von Stahlbetonbauteilen
- Nr. 214 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 4. 1957 — (MBL. NW. S. 1027)
betr. Kennzeichnung von lose angeliefertem Zement auf Baustellen und in Betonwerken
- Nr. 215 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 5. 1957 — (MBL. NW. S. 1194)
betr. Ausführung zweischaliger Haustrennwände aus 11,5 cm dicken Mauerwerkschalen
- Nr. 216 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 5. 1957 — (MBL. NW. S. 1226, berichtigt MBL. NW. S. 1990)
betr. Änderung der Richtlinien für die bauaufsichtliche Behandlung von Hochhäusern
- Nr. 217 Gem. RdErl. d. Innenministers, d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 29. 7. 1957 — (MBL. NW. S. 1649)
betr. Sicherungsmaßnahmen für Radrennen und Motorsportveranstaltungen auf geschlossenen Bahnen und in Hallen
- Nr. 218 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 8. 1957 — (MBL. NW. S. 1755/56)
betr. Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Bekanntgabe neuer Zulassungen
- Nr. 219 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 8. 1957 — (MBL. NW. S. 1773/74)
betr. Statische Prüfung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben; hier: Verzeichnis der Prüingenieure für Baustatik
- Nr. 220 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 8. 1957 — (MBL. NW. S. 1837)
betr. DIN 4102 — Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme —; hier: feuerbeständige Ummantelung von Bauteilen mit Vermiculite-Putz
- Nr. 221 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 8. 1957 — II A 1 — 2.401 Nr. 1723/57 (n. v.)
betr. Zubehör für Schornsteine und Feuerstätten
- Nr. 222 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 8. 1957 — II A 4 — 2.794 Nr. 1532/57 (n. v.)
betr. Druckschrift „Baut ruhige Wohnungen“
- Nr. 223 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 9. 1957 — (MBL. NW. S. 2097)
betr. DIN 4227 — Spannbeton, Richtlinien für Bemessung und Ausführung — hier: Richtlinien für das Einpressen von Zementmörtel in Spannbetonkanäle
- Nr. 224 Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 10. 1957 — (MBL. NW. S. 2171)
betr. Errichtung und Benutzung von privaten Schießstandanlagen für Schusswaffen
- In dem Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 18. 4. 1956 — MBL. NW. S. 1269 — ist bei dem Sachgebiet**
- I. Bauaufsicht**
- folgende Berichtigung einzutragen:**
- Nr. 11 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 24. 11. 1948 —

V. Wohnungsbau (techn. Fragen) und Bauwirtschaft

a) weiterhin gültig sind:

Nr. 1—3, 5, 7—9, 11—23

b) aufgehoben, gegenstandslos oder überholt sind:

- Nr. 4 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 1. 1951 — (MBI. NW. S. 271)
betr. Wohnflächenberechnung im sozialen Wohnungsbau
- Nr. 6 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 7. 1951 — I A 126 — Tgb.Nr. 3105 (n. v.)
betr. Gemeinschaftseinrichtungen
- Nr. 10 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 6. 1952 — I A 216 — 2.15 625/52 (n. v.)
betr. Räumung von Kasernen; hier: Organisationserlaß für das Wohnungsbauprogramm für Kasernenverdrängte

c) neu hinzugetreten sind:

- Nr. 24 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 4. 1955 — VII A 2 — 4.20 — 502/55 (n. v.)
betr. Landesjugendplan; hier: Richtlinien für die technische Prüfung von Anträgen für Bauvorhaben der Jugendpflege in Nordrhein-Westfalen
- Nr. 25 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 7. 1955 — I A 4 — 3.811 — 2236/55 (n. v.)
betr. Höchstzuschläge auf Lohnkosten für die Abrechnung von Stundenlohnarbeiten bei Bauaufträgen der Landesbauverwaltungen
- Nr. 26 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 7. 11. 1955 — I A 4 — 3.8 — 2227/55 (n. v.)
betr. Staatshochbauverwaltung; hier: Maßnahmen zur gleichmäßigen Auslastung der Baukapazität
- Nr. 27 Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 3. 1956 — I A 3 / III B 4 — 4.219 — 32/56 (n. v.)
betr. Förderung von Jugendwohnheimen; hier: Überprüfung der Anträge zur Begleichung von Überteurungskosten
- Nr. 28 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 8. 1956 — (MBI. NW. S. 1857)
betr. Förderung von Wohnheimen; hier: Allgemeine technische Bestimmungen sowie Merksätze für den Bau von Wohnheimen
- Nr. 29 Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 10. 1956 — (MBI. NW. S. 2283)
betr. Merksätze für den Bau von Kinderheimen
- Nr. 30 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 2. 1957 — I A 4 — 3.700 — Tgb.Nr. 2443/56 (n. v.)
betr. Ausschreibung bei Baumaßnahmen der Staatshochbauverwaltung; hier: Zusendung der Ausschreibungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen
- Nr. 31 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 4. 4. 1957 — I A 4 — 3.731 Tgb.Nr. 370/57 (n. v.)
betr. Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge der Staatshochbauverwaltung

Unter Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 18. 4. 1956 — MBI. NW. S. 1269 — ist in das Sachgebiet

II. Wohnungsbau (techn. Fragen) und Bauwirtschaft

noch folgender Erlaß einzufügen:

- Nr. 17a Erl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 7. 1953 — I A 4.20/4.219 — Tgb.Nr. 2638/53 — III B 2—4.20/4.219 — Tgb.Nr. 2639/53 (n. v.)
betr. Landesjugendplan 1953; hier: Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen — Überprüfung der Baupläne —

VI. Staatshochbau

a) weiterhin gültig sind:

Nr. 1—71, 73—78, 80—99, 101—111, 113—199

b) aufgehoben, gegenstandslos oder überholt sind:

- Nr. 72 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Finanzministers v. 1. 9. 1951 — (MBI. NW. S. 1101)
betr. Hebung der Wirtschaftlichkeit bei der Beheizung öffentlicher Liegenschaften; Vorschriften zur wärmewirtschaftlichen Überprüfung der Heizungsanlagen von landeseigenen Gebäuden
- Nr. 79 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Finanzministers v. 17. 12. 1951 — (MBI. NW. S. 1425)
betr. Hebung der Wirtschaftlichkeit bei der Beheizung öffentlicher Liegenschaften; Vorschriften zur wärmewirtschaftlichen Überprüfung der Heizungsanlagen von landeseigenen Gebäuden
- Nr. 100 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 7. 1952 — I D — 700/2671/52 (n. v.)
betr. Bevorzugte Berücksichtigung der Stadt Berlin (Westsektoren) bei der Vergebung öffentlicher Aufträge
- Nr. 112 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 12. 1952 — I D — 3.7/3770/52 (n. v.)
betr. Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen

c) neu hinzugetreten sind:

- Nr. 200 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 3. 4. 1955 — VII B 2 — 3.73 — Tgb.Nr. 180/55 (n. v.)
betr. Verstärkte Verwendung von Naturwerksteinen
- Nr. 201 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 5. 4. 1955 — VII B 2 — 0.28 — 183/55 (n. v.)
betr. Unkosten aus Anlaß der Abhaltung von Preisgerichten bei Architekten-Wettbewerben für staatliche Baumaßnahmen
- Nr. 202 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Kultusministers v. 14. 4. 1955 — (MBI. NW. S. 710)
betr. Vorläufige Richtlinien für die Beleuchtung von Schulräumen mit künstlichem Licht
- Nr. 203 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 4. 1955 — VII B 2 — 8.150 — 167/55 (n. v.)
betr. Bautätigkeitsstatistik
- Nr. 204 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 4. 1955 — VII B 2 — 8.9 — Tgb.Nr. 175/55 (n. v.)
betr. Kriegsgräberfürsorge; hier: Kostenanmeldung und -abrechnung
- Nr. 205 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 4. 1955 — VII B 2 — 4.28 — Tgb.Nr. 173/55 (n. v.)
betr. Heimförderung aus Lastenausgleichsmitteln; hier: VIII. u. IX. Bewilligungsaktion
- Nr. 206 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 20. 4. 1955 — VII B 2 — 0.262 — Tgb.Nr. 200/55 (n. v.)
betr. Kalkulaturprüfung und Feststellungsbezugnis für technische Angestellte der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 207 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 4. 1955 — VII B 2 — 7.44 — Tgb.Nr. 139/55 (n. v.)
betr. Bauliche Luftschutzmaßnahmen an staatlichen Gebäuden; hier: Ankerlöcher für Drucktüren, Druckklappen und Gasschutztüren

- Nr. 208 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 12. 5. 1955 — I B 3 — 3.730 — Tgb.Nr. 225/55 (n. v.)
betr. Bevorzugte Berücksichtigung der Stadt Berlin — Westsektor — bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; hier: Stahlbauarbeiten
- Nr. 209 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 5. 1955 — I B 2 — 0.240 — Tgb.Nr. 270/55 (n. v.)
betr. Fernsprechkreisanschlüsse für die Ortsbaudienststellen der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 210 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 21. 5. 1955 — I B 2 — 8.1 — Tgb.Nr. 268/55 (n. v.)
betr. Einladungen zu Grundsteinlegungen bei Neubauten Pädagogischer Akademien
- Nr. 211 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 5. 1955 — I B 2 — 0.150 Tgb.Nr. 623/54 (n. v.)
betr. Hinweise für die örtlichen Dienststellen der Staatshochbauverwaltung auf Grund weiterer Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofs
- Nr. 212 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 7. 6. 1955 — I B 2 — 0.150 — Tgb.Nr. 279/55 (n. v.)
betr. Prüfung der Angebote bei Ausschreibungen von Bauleistungen und Lieferungen für Baumaßnahmen der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 213 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 6. 1955 — I B 1 — 0.228.0 — Tgb.Nr. 286/55 (n. v.)
betr. Einmalige Bauausgaben im Entwurf des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1956
- Nr. 214 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 7. 1955 — I B 1 — 7.44 — (n. v.)
betr. Bauliche Luftschutzmaßnahmen in staatlichen Gebäuden; hier: Ankerlöcher und Schwenkradien für Drucktüren, Druckklappen, Gasschutztüren und gasdichten Abschlüssen (Brandwanddurchbrüche)
- Nr. 215 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 7. 1955 — I B 1 — 0.228 — Tgb.Nr. 290/55 (n. v.)
betr. Bewirtschaftung der Ausgabemittel des Epl. 14, Kap. 1481 Tit. 205 für kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bis zur Kostenhöchstgrenze von 30 000 DM im Bereich der Staatshochbauverwaltung des Landes NW.
- Nr. 216 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 29. 7. 1955 — I B — 8.131 — (n. v.)
betr. Vorläufige Richtlinien für die Ausschreibung von Planungswettbewerben für die Staatshochbauverwaltung und Muster für die Architektenverträge
- Nr. 217 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 8. 1955 — I B 2 — 3.7 — Tgb.Nr. 302/55 (n. v.)
betr. Änderung der Bestimmungen über die Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen im Bereich der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 218 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 12. 8. 1955 — I B 2 — 8.100 — Tgb.Nr. 559/55 (n. v.)
betr. Vorläufige Richtlinien für die Ermittlung des Wertes beim An- und Verkauf von Grundstücken im Verkehr mit Bundesbehörden; hier: Einführung eines Wertermittlungsvordruckes
- Nr. 219 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 8. 1955 — I B 6 — 7.05 — 606/55 (n. v.)
betr. Meß- und Regelgeräte-Ausstattung von Warmwasser-Heizkesseln und -zentralen mit Feuerungen für feste Brennstoffe; hier: Vorläufige Richtlinien — Fassung Juli 1955
- Nr. 220 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 9. 9. 1955 — I B 2 — 3.722 — Tgb.Nr. 650/55 (n. v.)
betr. Leistungsverzeichnisse für Zimmerer- und Tischlerarbeiten
- Nr. 221 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 16. 9. 1955 — I B 2 — 8.131 — 671/55 — (n. v.)
betr. Beauftragung von Sonderfachleuten bei Baumaßnahmen der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 222 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 10. 1955 — I B — 8.131 — 704/55 (n. v.)
betr. „Vorläufige Richtlinien“ für die Ausschreibung von Planungswettbewerben für die Staatshochbauverwaltung
- Nr. 223 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 10. 1955 — I B 2 — 3.731 — Tgb.Nr. 610/55 (n. v.)
betr. Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 224 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 12. 11. 1955 — I B 2 — 8.221 — Tgb.Nr. 752/55 (n. v.)
betr. Justizvollzugsanstalten; hier: Verwendung gehärteter Zellentgitter
- Nr. 225 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 11. 1955 — I B 2 — 3.731 — Tgb.Nr. 702/55 (n. v.)
betr. Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; hier: Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge
- Nr. 226 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 11. 1955 — I B 6:2 — 7.011 — Tgb.Nr. 670/55 (n. v.)
betr. Anweisung für den Bau von Zentralheizungs-, Lüftungs- und zentralen Warmwasserbereitungsanlagen (HLW-Anlagen) in öffentlichen Gebäuden (Heizungsbauanweisung 1955)
- Nr. 227 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 25. 11. 1955 — I B 2 — 3.730 — Tgb.Nr. 786/55 (n. v.)
betr. Bevorzugte Berücksichtigung der Stadt Berlin (Westsektor) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Nr. 228 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 1. 1956 — I B 3 — 8.1 — Tgb.Nr. 848/55 (n. v.)
betr. A) Niederschriften über Ergebnisse von Ministerialterminen der Staatshochbauverwaltung, B) Regreßpflicht bei Planungsänderungen nach Baubeginn
- Nr. 229 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 1. 1956 — I B 1 — 0.228.0 — 30/56 (n. v.)
betr. Verfahren bei der Genehmigung von Bauten der Staatshochbauverwaltung; hier: Delegierung von Genehmigungsbefugnissen auf die Mittelbehörden zur Vermeidung einer zweimaligen Bearbeitung von Bauobjekten in allen Instanzen
- Nr. 230 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 1. 1956 — I B 2 — 8.221 — Tgb.Nr. 683/55 (n. v.)
betr. Einbau von Wasserspülklosetts in den Zellen der Vollzugsanstalten
- Nr. 231 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 1. 1956 — I B 2 — 3.524 — Tgb.Nr. 32/56 (n. v.)
betr. Bauen im Winter
- Nr. 232 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 1. 2. 1956 — I B 2 — 2.302 — Tgb.Nr. 27/56 (n. v.)
betr. DIN 276, Kosten für Hochbauten; hier: Vergleichsübersicht
- Nr. 233 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 3. 1956 — I B 2 — 0.303 — Tgb.Nr. 106/56 II (n. v.)
betr. Verwaltungsreform; hier: Vereinfachung des periodischen Berichtswesens
- Nr. 234 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 31. 3. 1956 — I B 2 — 3.701 — Tgb.Nr. 90/56 (n. v.)
betr. Veröffentlichungen von Ausschreibungen für die Vergabe von Bauarbeiten bei Baumaßnahmen der Staatshochbauverwaltung im Bundesausschreibungsblatt
- Nr. 235 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 4. 1956 — I — 8.230.0 — Tgb.Nr. 212/56 (n. v.)
betr. Ausschreibung von Wettbewerben; hier: Wettbewerb für den Neubau einer Frauenklinik der Universität zu Köln

- Nr. 236 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 8. 1956 — I B 2 — 0.269 — 790/56 (n. v.)
betr. Zusätzliche Schulung der Regierungsbaureferendare innerhalb der Staatshochbauverwaltung Nordrhein-Westfalen; hier: Übungsklausuren
- Nr. 237 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 9. 1956 — I B 2 — 0.269.0 — Tgb.Nr. 923/56 (n. v.)
betr. Ausbildung der Regierungsbaureferendare; hier: Übungsklausuren und bautechnische Aufgaben
- Nr. 238 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 10. 1956 — I B 2 — 0.150 — Tgb.Nr. 63/56 (n. v.)
betr. Verschiedenartige Hinweise an die Ortsbaudienststellen der Staatshochbauverwaltung, insbesondere auf Grund weiterer Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofes
- Nr. 239 Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 12. 1956 — 0 6084 — 5474/56 — III C 7 und I B 2 / II A 1 — 0.66 — Tgb.Nr. 1130/56 (n. v.)
betr. Mitteilung der Baumaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes an die Finanzämter
- Nr. 240 Gem. RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 29. 1. 1957 — (MBI. NW. S. 1492)
betr. Hochbauten der Landesforstverwaltung
- Nr. 241 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 2. 1957 — I B 2 — 3.700 — Tgb.Nr. 107/57 (n. v.)
betr. Preisabsprachen bei Angeboten für Bauleistungen
- Nr. 242 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 15. 2. 1957 — I B 2 — 8.150 — Tgb.Nr. 126/57 (n. v.)
betr. Statistik der Bautätigkeit, Definition der Begriffe „Neubau“ und „Wiederaufbau“; hier: Erläuterungen zum Ausfüllen der Zählkarten für die Statistik der Bautätigkeit, Frage 5 u. 6
- Nr. 243 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Finanzministers v. 28. 3. 1957 — (MBI. NW. S. 813)
betr. Bauliche Unterhaltung und Bewirtschaftung von Zentralheizungsanlagen der von Landesdienststellen genutzten Gebäude
- Nr. 244 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 3. 1957 — I B 2 — 2.301 — Tgb.Nr. 260/57 (n. v.)
betr. Einheitliche Aufstellung der Kostenvor- und Kostenanschläge nach DIN 276
- Nr. 245 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Finanzministers v. 28. 5. 1957 — I B 1 — 2.55 — Tgb.Nr. 323/57 u. 0.6110 — 2054/57 III C (n. v.)
betr. Gütesicherung von Holzfaserplatten
- Nr. 246 Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u. d. Kultusministers v. 18. 6. 1957 — I B 3 — 8.232 — Tgb.Nr. 150/57 u. II E 3 (n. v.)
betr. Geräte und sonstige Wirtschaftsausstattungen (DIN 276), früher innere Einrichtungen genannt, für Neubauten staatlicher höherer Schulen und Pädagogischer Akademien
- Nr. 247 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 29. 8. 1957 — I B — 8.131 / 200/57 (n. v.)
betr. Vorläufige Richtlinien für die Ausschreibung von Planungswettbewerben in der Staatshochbauverwaltung
- Nr. 248 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 9. 1957 — I B 3 — 8.232 / 150/57 (n. v.)
betr. Geräte und sonstige Wirtschaftsausstattungen (DIN 276), früher innere Einrichtung genannt, für Neubauten staatlicher höherer Schulen und Pädagogischer Akademien

In dem Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 18. 4. 1956 — MBI. NW. S. 1269 — sind bei dem Sachgebiet

III. Staatshochbau

folgende Berichtigungen einzutragen:

- Nr. 32 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 13. 3. 1950 — II B 500/625 (n. v.)
- Nr. 154 RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 2. 2. 1954
(n. v. — VII B 2 — 4.28 — Tgb.Nr. 41/54)
- Nr. 166 und 167 sind identisch. Es muß heißen:
RdErl. v. 21. 5. 1954 . . .
Die Nr. 167 ist zu streichen.

VII. Städtebau

a) weiterhin gültig sind:

- Nr. 1, 2, 4-28, 30-35, 37-39, 41

b) aufgehoben, gegenstandslos oder überholt sind:

- Nr. 3 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 10. 3. 1949 — (MBI. NW. S. 279)
betr. Industrieflächenordnungsplan
- Nr. 29 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 8. 8. 1952 — II B — 205 — 4219 — (n. v.)
betr. Städtebauliche Planungen; hier: Meldungen
- Nr. 36 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 26. 8. 1953 — (MBI. NW. S. 1500)
betr. Handhabung des Genehmigungsverfahrens nach dem Wohnsiedlungsgesetz bei Interessenkollision
- Nr. 40 RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 23. 7. 1954 — VII D 4.022 — Nr. 1081/54 — (n. v.)
betr. Planung von Großbauvorhaben von überörtlicher Bedeutung; hier: Städtebauliche Planungen

c) neu hinzugetreten sind:

- Nr. 42 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 11. 1955 — (MBI. NW. S. 2112)
betr. Richtlinien für Schutzraumbauten auf dem Gebiete des baulichen Luftschutzes — Fassung Juli 1955 —
- Nr. 43 Gem. RdErl. d. Ministerpräsidenten — Landesplanungsbehörde — u. d. Ministers für Wiederaufbau v. 6. 3. 1956 — (MBI. NW. S. 873)
betr. Verfahren für die planerische Prüfung von landwirtschaftlichen Siedlungsvorhaben
- Nr. 44 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 22. 5. 1956 — (MBI. NW. S. 1218)
betr. Städtebauliche Planungen
- Nr. 45 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 7. 1956 — (MBI. NW. S. 1681)
betr. Anlage von Kleingärten
- Nr. 46 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 4. 1957 — (MBI. NW. S. 904)
betr. Lichtbildarchiv des Ministeriums für Wiederaufbau
- Nr. 47 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 2. 5. 1957 — (MBI. NW. S. 1087)
betr. Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens nach dem Wohnsiedlungsgesetz bei Interessenkollision

Unter Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 18. 4. 1956 — MBI. NW. 1956 S. 1269 — ist in das Sachgebiet

IV. Städtebau

noch folgender Erlaß einzufügen:

- Nr. 22a RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 17. 12. 1951 — (MBI. NW. S. 1421)
betr. Anlage von Kinderspielflächen

VIII. Landwirtschaftliches Bauwesen

a) weiterhin gültig sind:

Nr. 1-4

In dem Abschnitt A des Bereinigungserlasses vom 18. 4. 1956 — MBl. NW. S. 1269 — ist bei dem Sachgebiet

V. Landwirtschaftliches Bauwesen

folgende Berichtigung einzutragen:

Nr. 4 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 18. 11. 1954 — (n. v.) — VII E 2 — 0.257

IX. Sonstige Sachgebiete

a) weiterhin gültig sind:

Nr. 1-4

c) neu hinzugetreten sind:

Nr. 5 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 3. 11. 1955 — (MBl. NW. S. 2090)

betr. Enteignungsverfahren auf Grund des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. 8. 1953 (BGBl. I S. 720); hier: Anwendung des § 6 Abs. 1 des Gesetzes

Nr. 6 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 11. 1955 — Z B 4 / 7.2 Tgb.Nr. 435/55 (n. v.)

betr. Inanspruchnahme von Baumaterial aus Trümmergrundstücken im Rahmen der Sofortmaßnahmen der Britischen Militärregierung

zur Winterfestmachung von Wohnungen in den ersten Nachkriegsjahren

Nr. 7 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 19. 1. 1956 — (MBl. NW. S. 136)

betr. Aufbaugesetz i. d. F. v. 29. 4. 1952 (GV. NW. S. 76); hier: Beteiligung der kirchlichen Behörden bei der Aufstellung von Leitplänen

Nr. 8 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 11. 7. 1956 — Z B 4 / 7.2 Tgb.Nr. 100/56 (n. v.)

betr. Inanspruchnahme von Baumaterial aus Trümmergrundstücken im Rahmen der Sofortmaßnahmen der Britischen Militärregierung zur Winterfestmachung von Wohnungen in den ersten Nachkriegsjahren; hier: Erstattungsansprüche der Gemeinden (Gemeindeverbände) gegen das Land

Nr. 9 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 30. 7. 1956 — (MBl. NW. S. 1777)

betr. Baulandbeschaffungsgesetz; hier: Kosten des Verfahrens vor der Enteignungsbehörde

Nr. 10 RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 23. 5. 1957 — Z B 4 / 7.2 Tgb.Nr. 94/57 (n. v.)

betr. Inanspruchnahme von Baumaterial aus Trümmergrundstücken im Rahmen der Sofortmaßnahmen der Britischen Militärregierung zur Winterfestmachung von Wohnungen in den ersten Nachkriegsjahren

— MBl. NW. 1957 S. 2769.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 23 v. 1. 12. 1957

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen			
Einreichung von Akten für Prüfungszwecke	265		
Bekanntmachungen			
VO über Strafvollstreckungskosten	266		
Hinweise auf Rundverfügungen	267		
Personalnachrichten	267		
Gesetzgebungsübersicht	268		
Rechtsprechung			
Zivilrecht			
§ 398 BGB; § 533 RVO. — Zur Wirksamkeit der Abtretung einer Lohnforderung an die Allgemeine Ortskrankenkasse ist nicht erforderlich, daß in der Abtretungserklärung der Zeitraum ausdrücklich bestimmt ist, für den die einzelnen Lohnanteile abgetreten werden. — Der Inhalt des Abtretungsvertrages kann herangezogen werden, um die zeitliche Begrenzung der Abtretung zu bestimmen. Es genügt die Kennzeichnung der abgetretenen Forderung dahin, daß es sich um den pfändbaren Betrag handeln soll. — Die Drohung mit einer Strafanzeige ist dann ein von der Rechtsordnung gestattetes Druckmittel, wenn der Geschädigte mit der Anzeige der strafbaren Handlung droht, durch die er geschädigt worden ist, und er durch diese Drohung lediglich Ersatz des Schadens erreichen will, den er durch die strafbare Handlung erlitten hat. — Die Strafvorschrift des § 533 RVO soll dem Arbeitgeber vor Augen führen, daß allen anderen Gläubigern gegenüber die Belange der Sozialversicherungsträger und damit aller Sozialversicherten vorgehen. — Ob der Sozialversicherungsträger im Einzelfall Anzeige erstatten will, um damit die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu erreichen, muß seinem pflichtgemäßen Ermessen überlassen bleiben. OLG Köln v. 28. 6. 1957 — 9 U 70/57	268	ist, kann nicht damit begründet werden, daß dessen Geschwindigkeit deshalb zu hoch war, weil am rechten Straßenrand spielende Kinder eine den Unfall ausschließende Ermäßigung der Geschwindigkeit gefordert hätten. OLG Hamm v. 25. 7. 1957 — 2 Ss 851/57	272
Strafrecht			
1. StGB § 222. — Daß rechts am Straßenrand wartende Kinder das Herannahen eines Kraftwagens bemerkt hätten, darf der Kraftfahrer nicht allein aus dem Umstande folgern, daß die Kinder einem vorbeifahrenden Gegenfahrzeug nachschauen. OLG Köln v. 23. 8. 1957 — Ss 226/57	270	3. StVO §§ 8 I, 16, 23 I. — Die Inanspruchnahme von Gehwegen zum Parken ist auf nicht besonders gekennzeichneten Strecken der Gehwege in der Regel nicht zulässig. Sie ist nicht nach § 16 StVO, sondern nach § 8 I StVO strafbar. — Vom Hereinbrechen der Dunkelheit an sind die vorgeschriebenen Beleuchtungseinrichtungen auch derjenigen Fahrzeuge in Betrieb zu setzen, die auf Gehwegen aufgestellt und durch andere Lichtquellen nicht ausreichend beleuchtet sind. OLG Düsseldorf v. 12. 9. 1957 — (1) Ss 571/57 (475)	273
2. StGB § 222. — Die Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung eines Kindes, das vom linken Sommerweg unvoraussehbar in die Fahrbahn eines Kraftfahrzeugführers hineingelaufen		4. StPO §§ 268, 338 Nr. 5, 231 II, 232, 260 III. — Ist die Verkündung des Urteils ausgesetzt und erscheint der Angeklagte zur Urteilsverkündung nicht, so steht dessen Abwesenheit — falls nicht die Voraussetzungen der §§ 231 II, 232 StPO gegeben sind — der weiteren Durchführung der Hauptverhandlung als Verfahrenshindernis entgegen, das auch ohne Revisionsrüge zu beachten ist. — Da in einem solchen Falle das Hindernis behoben werden kann, ist das Verfahren nicht einzustellen, sondern die Sache zurückzuverweisen. OLG Düsseldorf v. 29. 8. 1957 — (I) Ss 516/57	274
		5. StPO § 325. — Das Sitzungsprotokoll muß erkennen lassen, daß eine nach § 325 StPO erforderliche Zustimmung des Angeklagten zur Verlesung der Aussage eines im ersten Rechtszug vernommenen, in der Berufungsverhandlung trotz Ladung ausgebliebenen Zeugen zumindest durch schlüssiges Verhalten erteilt worden ist. — Dem Wortlaut des Gerichtsbeschlusses, die Aussage soll nach § 325 StPO verlesen werden, und dem formularmäßigen Vermerk am Schluß der Beweisaufnahme, es seien keine Erklärungen mehr abgegeben worden, läßt sich zumindest bei einem nicht durch einen Verteidiger vertretenen Angeklagten eine solche Zustimmung nicht entnehmen. OLG Hamm v. 26. 4. 1957 — 1 Ss 357/57	275
		6. StPO § 467. — Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen sind, wenn das Verfahren wegen vor der Eröffnung eingetretener Verjährung eingestellt wird. OLG Hamm v. 30. 7. 1957 — 1 Ss 870 57	275

— MBl. NW. 1957 S. 2785/86.

Einzelpreis dieser Nummer 0,80 DM

Einzellieferungen nur durch die August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (je Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 oder auf das Girokonto 35415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank in Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 6,— DM, Ausgabe B 7,20 DM.